



2020/43 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/43/unlearning-antisemitism>

Kritik an mehreren Veranstaltungen wegen antizionistischer Inhalte

Unlearning Antisemitism

Kommentar Von **Tom Uhlig**

Die öffentliche Kritik an antizionistischen Veranstaltungen der vergangenen Wochen hat teilweise zu überraschend reflektierten Auseinandersetzungen geführt.

Der Bundestagsbeschluss, keine öffentlichen Gelder und Räume an die antiisraelische Boykottbewegung BDS zu vergeben, sowie ein anscheinend gesteigertes öffentliches Problembewusstsein erweisen sich als hilfreich, um gegen israelbezogenen Antisemitismus vorzugehen. In den vergangenen Wochen jedenfalls sahen sich Initiativen, Zeitschriften und eine Kunsthochschule genötigt, ihre bisherigen Positionen zu reflektieren – mit teilweise überraschenden Ergebnissen.

»From the river to the sea, Palestine will be free«, wurde am 3. Oktober einmal mehr in Frankfurt am Main skandiert, als eine Demonstration durch die größte Einkaufspassage der Innenstadt zog. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, dem unter anderem die Seebrücke Frankfurt, Copwatch Frankfurt und die Migrantifa Hessen angehörten. Die Demonstration richtete sich zuvorderst gegen die Geflüchtetenpolitik der EU in Moria. Allerdings trat das Thema in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund, da Aktivisten unter anderem von »Free Palestine FFM« und »Stop Child Detention« es verstanden, ihr Kernanliegen – die »Befreiung« Israels von den Juden – in den Vordergrund zu stellen.

Auf die Kritik an der Veranstaltung, bei der eine Rede mit »Yallah Intifada« endete, reagierten die NGOs Seebrücke und Copwatch mit einer Distanzierung und auch Selbstkritik. Für Außenstehende überraschend, schloss sich die Migrantifa Hessen an und kündigte auf Twitter eine »kritische Reflexion unseres eigenen Antisemitismus« an. Dafür werfen ihr derzeit »propalästinensische« Gruppen vor, einen »faschistischen Kolonialstaat« zu unterstützen.

Etwas sachlicher verläuft die Diskussion über die aktuelle Ausgabe der Vierteljahrszeitschrift *Texte zur Kunst* (TzK) über Anti-Antisemitismus (**Anti mit Einschränkung**). Ein Teil der Leserschaft reagierten mit Unverständnis darauf, dass sich die Texte nicht auf den Antisemitismus der (völkischen) Rechten beschränkten, sondern den in der Kunstszene wesentlich verbreiteteren Antizionismus thematisierten. So beklagte beispielsweise die Zeitschrift *Art Monthly*, dass keine BDS-freundlichen Positionen palästinensischer oder arabischer Autoren einbezogen wurden. Der Beirat der TzK monierte in einem Postskriptum die Arbeit der Herausgeber: »Wir halten die damit nahegelegte Identifikation der von durchaus heterogenen Kräften getragenen Organisation des BDS mit Antisemitismus für politisch fatal.«

Eine Veranstaltung der Kunsthochschule Weißensee musste nach Protesten ins Internet verlagert werden. In der Veranstaltungsreihe »School of Unlearning Zionism« war geplant, einige Referentinnen und Referenten einzuladen, die BDS unterstützen. Im dekonstruktivistischen Jargon wird dabei Zionismus offenbar als eine Ideologie der Privilegien verstanden, die es zu verlernen gelte. Dass unter den Referenten Juden und Israelis sind, dient den Verteidigern der Veranstaltung als Argument, um der Kritik zu begegnen – dabei ergehen sich die bisherigen Veranstaltungen in völlig einseitigen Schuldvorwürfen gegen Israel. Der palästinensische Regisseur Mohammed Alatar behauptete, das Haupthindernis für den Frieden sei Israels fehlender Plan, obgleich er kurz vorher wenig scherzhaft auf die Frage nach Verfehlungen der palästinensischen Führung antwortete: »I live in Ramallah, I don't want to go to jail.«

Bemerkenswert an diesen drei Fällen ist, dass die Thematisierung von Antisemitismus in der Linken durchaus Konsequenzen zeitigte, von denen einige wirklich unerwartet waren: Die Migrantifa Hessen hat eine ernsthafte Reflexion bekanntgegeben, im Milieu der TzK wurde offenbar erkannt, dass man bei diesem Thema keinesfalls einer Meinung ist, und der Bundestagsbeschluss hat im Fall der Kunsthochschule Weißensee tatsächlich gegriffen, so dass die genannte Veranstaltungsreihe nun zumindest nicht aus öffentlichen Geldern finanziert wird. Optimismus angesichts dieser Entwicklungen wäre wohl verfrüht, allerdings bestätigen sie bislang die Erfolgsaussichten von kritischer Intervention.